

PRESSEMITTEILUNG

Pressemitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Norderstedt

Norderstedt, 12. Mai 2025

Grüne fordern umfassenden Plan zur Verbesserung der Luftqualität für Norderstedt – Schätzungsweise 100 vorzeitige Todesfälle jährlich durch Luftverschmutzung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Norderstedter Stadtvertretung wird in der kommenden Sitzung des Umweltausschusses am 21.5. einen Antrag zur zeitnahen Erstellung eines umfassenden Plans zur Feststellung und Verbesserung der Luftqualität für Norderstedt einbringen. Die alarmierenden Daten des Umweltbundesamtes zeigen, dass Norderstedt zu den Kommunen mit der stärksten Luftverschmutzung in Schleswig-Holstein gehört und bereits heute sowohl im Mittel als auch in der Anzahl der zulässigen Tage die vorgeschriebenen Grenzwerte überschreitet.

Nach Schätzungen des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2023 sind in Norderstedt mit seinen rund 85.000 Einwohnerinnen und Einwohnern etwa 100 vorzeitige Todesfälle jährlich auf die Belastung durch Feinstaub und Stickoxide zurückzuführen. „Diese Zahlen sind erschreckend und verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf“, erklärt Margrit Riede, Stadtvertreterin von Bündnis 90/Die Grünen. „Es geht hier nicht um abstrakte Umweltpolitik, sondern um den konkreten Schutz der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, der Punkt ist mir ganz wichtig“, betont Riede, die sich als Ärztin auch beruflich für die Gesundheit von Menschen engagiert.

Mit der im Dezember 2024 in Kraft getretenen überarbeiteten EU-Luftqualitätsrichtlinie werden ab 2030 europaweit strengere Grenzwerte bindend. So wird unter anderem der Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) von derzeit 40 auf 20 µg/m³ und der Feinstaub-Grenzwert PM_{2,5} von 25 auf 10 µg/m³ abgesenkt.

„Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass Norderstedt proaktiv handelt, statt später unter Zeitdruck reagieren zu müssen“, betont Dagmar Feddern, Mitglied des Umweltausschusses. „Wir müssen jetzt ein auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmtes Maßnahmenpaket entwickeln, bevor uns Einzelmaßnahmen von anderer Stelle aufgezwungen werden.“

Der Beschlussvorschlag sieht vor, die vom Umweltbundesamt erhobenen Daten der Luftmessstationen für Norderstedt und Umgebung als Grundlage zu nutzen, um zeitnah einen aktuellen Plan zur Feststellung und Verbesserung der Luftqualität zu erstellen. Daraus sollen konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung abgeleitet werden, mit dem Ziel, die Gesundheit der Norderstedter Bevölkerung zu schützen und die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie die Klimaschutzziele konsequent umzusetzen.

Die Grünen-Fraktion weist darauf hin, dass eine verbesserte Luftqualität nicht nur der Gesundheit dient, sondern auch die Lebensqualität in der Stadt insgesamt steigert. Der Antrag wird in der kommenden Woche im Umweltausschuss beraten.

Hintergrund:

Die überarbeitete EU-Luftqualitätsrichtlinie trat am 10. Dezember 2024 in Kraft und sieht bis 2030 strengere Grenzwerte vor. Langfristig sollen die Grenzwerte vollständig an die WHO-Richtwerte angepasst werden, mit dem Ziel, bis 2050 die Luftschadstoffe soweit zu reduzieren, dass die Verschmutzung als nicht mehr schädlich für Mensch und Umwelt gilt.

Nach aktuellen Daten des Umweltbundesamtes erreichen bundesweit bei NO₂ rund 44 Prozent aller Messstationen den künftigen Grenzwert von 20 µg/m³ im Jahresmittel noch nicht. Bei PM_{2,5} liegt diese Quote bei etwa 4 Prozent. Experten gehen davon aus, dass eine flächendeckende Einhaltung aller Grenzwerte in Deutschland bis zum Jahr 2035 erreicht werden kann.